

Deutsche Post  PC STAMPIT  
A00101AC64 0,55 EUR  
31.01.11



Bundesfamilienministerin  
Kristina Schröder  
Ministerbüro

Dr. Gerd Wiegel  
Referent für Rechtsextremismus/  
Antifaschismus

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon 030/227-51207  
Telefax 030/227-56293

gerd.wiegel@linksfraktion.de  
www.linksfraktion.de

Berlin, 31.1.2011

Sehr geehrte Frau Ministerin Schröder,

die erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus wird aktuell durch eine Debatte gefährdet, die insbesondere von Ihnen, Frau Ministerin, vorangetrieben wurde und die eine Unkultur des Verdachts und des Misstrauens in die Projektlandschaft trägt. Mit der von Ihnen betriebenen Umwandlung der Programme gegen Rechtsextremismus in Programme gegen Extremismus allgemein und der jetzt den Projekten abverlangten Unterschrift unter eine „Extremismuserklärung“ tragen Sie Verunsicherung und Besorgnis in die Projektlandschaft, die zu einer Schwächung dieser wichtigen Arbeit führt.

Protest und Bedenken gegen diese „Extremismuserklärung“ wurden von ganz unterschiedlichen Personen und Organisationen vorgebracht: So von einer breiten Mehrheit des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, die die von Ihrem Haus entworfene Erklärung „nicht für praktikabel, für rechtlich sehr bedenklich und nicht für zielfördernd“ hält. Auch die frühere Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, hat sich öffentlich zu Ihrem Vorhaben geäußert und sieht darin ein Mittel, mit dem ein „Vorabverdacht und eine Schnüffelmentalität“ gegen demokratisch engagierte Projekte und ihre Mitstreiter initiiert werde. Das Rechtsgutachten von Prof. Battis belegt die begründeten juristischen Einwände gegen die von Ihnen geforderte Erklärung.

Deutlich wird an den Reaktionen der Betroffenen, dass Sie die Projekte mit der von Ihnen beschlossenen Erklärung vor eine unlösbare Aufgabe stellen, da nicht einmal die politischen Verantwortungsträger eine einheitliche Definition davon haben, was sie unter extremistisch verstehen wollen. Nach den unsäglichen Erfahrungen mit dem Radikalenerlass der alten Bundesrepublik sollte nicht eine neue Verdachtskultur die wichtige Arbeit gegen Rechtsextremismus schwächen.

Ich fordere Sie deshalb dringend auf, die politische Auseinandersetzung, die Sie mit dem Begriff „Extremismus“ führen, nicht auf dem Rücken von Projekten auszutragen, die durch ihre alltägliche Arbeit seit Jahren für die Ausweitung von Demokratie in diesem Land stehen.

Mit freundlichen Grüßen